Name: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Personalnummer: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Bedienstet bei Schule: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Ort/Datum: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

* **Per Email vorab -**

An die Schulleitung

mit der Bitte um Weiterleitung auf dem Dienstweg

**Remonstration nach § 36 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG)**

**sowie Gefährdungs-/Überlastungsanzeige**

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die „Information über die Einführung der Testpflicht und die Umsetzung durch Antigen-Schnelltests in der Selbstanwendung an Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen im Rahmen der Corona-Pandemie“ vom 14.4.2021 werde ich verpflichtet, die Tests vorzubereiten, die Schülerschaft bei der eigenständigen Testung anzuleiten und zu beaufsichtigen.

Hierbei handelt es sich um Maßnahmen zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsschädigungen und Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung, die nach § 78 Abs. 1 Nr. 8 und 9 SPersVG der Mitbestimmung des Personalrates unterliegen. Diese Mitbestimmung ist rechtswidrig unterblieben.

Zu meiner Überzeugung ist diese dienstliche Anordnung rechtswidrig und ich muss diese Rechtswidrigkeit – getreu meinem Diensteid – unverzüglich bei meinem unmittelbaren Vorgesetzten geltend machen, vgl. § 36 BeamtStG.

Als Lehrkraft habe ich keine medizinische Ausbildung und bin im Umgang mit Medizinprodukten nicht geschult. Die fachgerechte Umsetzung der o. g. Anordnung ist in keiner Weise gewährleistet. Zu Tätigkeiten verpflichtet zu werden, für die ich nicht ausgebildet bin, stellt auch eine Überforderung dar.

Eine gesundheitliche Gefährdung der Schülerschaft ist ebenso wenig auszuschließen wie eine Gefährdung meiner Person.

Mit freundlichen Grüßen